

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Reiz Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Juwelen-Schatz“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Jährstellung ins Haus für Monat März 15.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland, Litauen, das Baltikum und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ostpreußen 15.— M., für das übrige Ausland 17.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die getragene oder kompromittierte oder deren Raum kostet 10.— M., einschließlich Anfertigungskosten. Kleinanzeigen: Das gedruckte Wort 1.50 M., das weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anfertigungskosten. Familien-Anzeigen: Das gedruckte Wort 1.50 M., das weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hermes stellt ein Ultimatum

Der Kampf um das Steuerkompromiß

Der Minister Hermes, der neben dem Ernährungsministerium auch provisorisch das Finanzministerium verwaltet, hat dem Reichsfinanzminister mitgeteilt, daß die Leitung zweier Reichsministerien die Kraft eines Mannes übersteige, und er hat den Reichsfinanzminister ersucht, ihm deshalb eines der beiden Ministerien wieder abzunehmen. So sachlich dieses Ersuchen erscheint, es gleicht in diesem Augenblick einem Ultimatum. Denn es ist der Versuch, den Reichsfinanzminister zu einer Herbes genehmen und damit der Auffassung der Deutschen Volkspartei entsprechenden Stellungnahme in der Steuerfrage zu zwingen. So wird dieser Schritt auch in der Presse gedeutet. Ob der Reichsfinanzminister ihm entsprechen wird, steht noch dahin. Bei seiner Entscheidung aber sollte er sich darüber im klaren sein, daß Dr. Hermes als Finanzminister für die Arbeiterklasse noch unerträglich ist, denn als Ernährungsminister. Ganz abgesehen von seiner sachlichen Unzulänglichkeit und der völligen Uebereinstimmung zwischen ihm und der Deutschen Volkspartei sollten doch auch besonders bei Befreiung dieses wichtigen Postens die persönlichen Eigenschaften eine Rolle spielen. Wie gering aber die persönlichen Eigenschaften Hermes von großen Teilen der Bevölkerung eingeschätzt werden, zeigen die Darlegungen des „Vorwärts“, die wir unten weitergeben.

Ueber die Stellungnahme der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion zu dem Steuerkompromiß berichtet der „Vorwärts“:

Anlaß zu diesen Besprechungen gab das Verhalten einzelner Mitglieder der Volkspartei, die in den Steueraussschüssen den Anschein erweckten, als habe das Kompromiß für ihre Fraktion keine Geltung mehr. Die sozialdemokratischen Mitglieder des 11. Ausschusses (Steuerausschuß) wurden von der Fraktion beauftragt, in der Freitags-Sitzung des Steueraussschusses von der Volkspartei eine Erklärung über die Stellungnahme zum Kompromiß zu verlangen. Sollte die Volkspartei ihre bisherige Zustimmung verneinen und einen neuen Beweis der Unzuverlässigkeit erbringen, dann wären selbstverständlich auch für die Sozialdemokratie alle bisherigen Vereinbarungen, die dem Steuerkompromiß zugrunde liegen, hinfällig.

Außerdem teilt der „Sozialdemokratische Parliamentsdienst“ über die Stellungnahme der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion zur Zwangsanleihe mit:

Sie wird jedenfalls dahin wirken, daß mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf des Reiches möglichst bald ein erheblicher Teil der Zwangsanleihe zur Einhebung gelangt und daß der Rest nach Fertigstellung der Einschätzung der Vermögen einbezogen wird. Die Voraussetzung zur Annahme des Gesetzes über die Zwangsanleihe wird für die Sozialdemokratie sein, daß festgesetzte Termine und bestimmte Summen in Ansatz gebracht werden.

Aus alledem geht hervor, daß erst die nächsten Tage Klarheit über das Schicksal des Steuerkompromisses geschaffen werden. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß für die Beurteilung der Zwangsanleihe nicht nur von Bedeutung sind die Termine für die Einschätzungen, sondern vor allem die Frage der Durchführung der Zwangsanleihe. Auch für sie müssen Garantien gegeben sein, soll nicht die Gefahr entstehen, daß die Zwangsanleihe die Bestehenden nicht nur nicht belastet, sondern zu einer neuen gewaltigen Quelle fortschreitender Geldentwertung wird und damit die Besitzlosen ungeheuer schädigt.

Das Gesuch des Reichsfinanzministers Hermes, ihn von der Leitung des einen der gegenwärtig von ihm verwalteten Ministerien zu entbinden, ist, wie die Korrespondenz Simon von maßgebender Stelle erfährt, bereits vor 14 Tagen, also schon vor der süddeutschen Reise des Reichsfinanzministers, erfolgt und nur durch einen Zufall erst gestern bekannt geworden. Dem Schritt komme also nicht die aktuelle Bedeutung zu, die ihm vielfach beigelegt wurde, und der Wunsch des Ministers Hermes sei auch nicht in so dringender Form gestellt worden, daß ihm noch vor der Erledigung der schwebenden Steuerfragen Folge gegeben werden müßte.

Falsche Zeugenaussagen?

Weitere Widersprüche in der Untersuchung gegen Hermes
Der „Vorwärts“ bringt neues Material über die Widersprüche in den Zeugenaussagen anlässlich des Untersuchungsverfahrens gegen Hermes. Er teilt mit:

Der vom Untersuchungsausschuß herausgegebene amtliche Bericht läßt den Staatssekretär Dr. Huber die Meinung eines Zeugen als unrichtig bezeichnen, wonach das mehrfach erwähnte Automobil des Ministers nicht Eigentum des Reiches gewesen sei. Staatssekretär Dr. Huber betont, daß das angeschaffte Automobil von vornherein Eigentum des Ministeriums gewesen sei und wollte damit sogar die Unrichtigkeit der Auffassung Dr.

Heulamps nachweisen, die ihn veranlaßt habe, dessen Rechtfertigungsschreiben an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gar nicht erst weiter zu leiten.

Demgegenüber verweisen wir auf den bereits angeführten amtlichen Prüfungsbericht des eidlichen Bührer-Revisors Frommann, worin dieser wörtlich schreibt: „Herr Junke gab mir auf mein Befragen (über den Grund der vorgenommenen Umbuchung) folgende Erklärung: Der Kraftwagen war ursprünglich für die Preisausgleichsstelle eingestellt. Er wurde bis 31. März 1920 von dem Vorsitzenden des Düngestoffausschusses und dem Leiter der Preisausgleichsstelle benutzt. Der Kraftwagen soll vom Reichsministerium, dem er vom 1. April 1920 ab zur Verfügung gestellt worden ist, zum Anschaffungswert zuzüglich der aufgelaufenen Betriebskosten übernommen werden.“ — Desgleichen verweisen wir noch auf einen dem Untersuchungsausschuß ebenfalls bekanntgegebenen Brief des Herrn Reichsernährungsministers Hermes an das Reichsschatzministerium vom 9. Juni 1920, worin Herr Hermes ausdrücklich betont, daß das Reichsernährungsministerium keinen reicheigenen Wagen gehabt hat. — Daraus geht wohl einwandfrei hervor, daß das Auto zuerst im Besitz der Preisausgleichsstelle war und erst später — auf irgendwelche Veranlassung hin, über die der Bericht des Herrn Lavalle vielleicht einige Auskunft gibt — dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft als Eigentum überschrieben wurde.

Angeht es des Widerspruchs auch in dieser Zeugenaussage muß eine eidliche Verneinung des Herrn Staatssekretärs Huber hierüber unbedingt gefordert werden.

Der Ausschuß wird sich ferner noch eingehend mit der Briefaffäre Hermes-Kamm zu beschäftigen haben. Bekanntlich hat Hermes sowohl in dem Bericht des Reichskabinetts wie vor dem Plenum des Reichstags ehrenwörtlich versichert, den Brief des Staatssekretärs Kamm, worin ihm dieser die Verfehlungen des Geheimrats Augustin mitteilte, erst nach der Beförderung Augustins zum Ministerialrat erhalten zu haben, während Kamm das Gegenteil behauptet. Wir sind nun in der Lage, weitere Einzelheiten darüber mitteilen zu können. Wenn unsere Informationen richtig sind, hat Herr Staatssekretär Kamm von diesem Brief vor der Abfertigung dem ihm bekannten Regierungsrat Wittong Mitteilung gemacht. Herr Wittong wird sich in der eidlichen Verneinung vielleicht darüber äußern können, ob er den Tag und die näheren Umstände dieser Mitteilung noch kennt. Außerdem soll der von uns schon als Zeuge verlangte Dekonominat Maus ebenfalls noch vor der Beförderung Augustins persönlich bei Hermes gewesen sein, um ihn auf dessen Verfehlungen aufmerksam zu machen, ohne daß sich aber Hermes von der in Aussicht genommenen Beförderung dadurch abhalten ließ. — Da auf der einen Seite das Ehrenwort des Ministers vorliegt, auf der anderen Seite das des Staatssekretärs Kamm, so muß gefordert werden, daß der Ausschuß durch eingehende eidliche Verneinung aller hierfür in Betracht kommenden Zeugen auch diese Angelegenheit reiflos und baldigt klärt.

Die Krise in der englischen Koalition

London, 2. März.
In den politischen Kreisen herrscht den ganzen Tag über rege Tätigkeit. Zwischen einflussreichen Mitgliedern der verschiedenen Gruppen fanden Besprechungen statt, doch ist der Ernst der Lage in keiner Weise gemindert. Lloyd George erschien nur kurze Zeit im Unterhaus. Vor zuständigem Stelle wird erklärt, daß die unionistischen Minister sowohl vom internationalen wie vom nationalen Standpunkt aus die Aufrechterhaltung der Koalition für eine unbedingte Notwendigkeit halten. Balfour werde in einer Rede, die er am Dienstag in der City halten will, nachdrücklich für diese Ansicht eintreten. Doch ist bis jetzt noch kein Mittel angegeben worden, wie man die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den unionistischen Ministern und einem großen Teil ihrer Anhänger überbrücken will.

„Daily Chronicle“ erklärt: Balfour unterstützt Lloyd George gegen die Unversöhnlichen in der konservativen Partei und beabsichtigt, sie demnächst öffentlich zu fragen, welches ihre Politik sein würde, wenn sie die Koalition niedergerworfen hätten.

„Daily Telegraph“ schreibt: In wohlunterrichteten Kreisen herrscht die Hoffnung vor, daß die Schwierigkeiten überwunden werden, und daß die Koalition vor einem Bruch bewahrt werden wird.

„Laut Times“ bestehen scharfe Gegensätze in der unionistischen Partei hinsichtlich der Frage, ob man Lloyd George folgen soll. Das Blatt meint: Wahrscheinlich wird die große Mehrheit der Führung Chamberlains folgen. In einigen Kreisen wird vorgeschlagen, Balfour aufzufordern, ein „Berlegenheits“-Kabinett zu bilden, und zwar mit Unterstützung der Unionisten, die eine ausreichende Mehrheit über alle übrigen Parteien im Unterhaus besitzen. Inzwischen würde eine solche Regierung mit der Zeit auf Schwierigkeiten stoßen.

Die Mietsteuer

Von Bernhard Kubnt

Die Beratungen im Reichstag über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues — kurz genannt die Mietsteuer — und die Beratungen über den Entwurf des Reichsmietengesetzes haben das öffentliche Interesse in stärkstem Maße auf die Wohnungspolitik gelenkt. Das Schicksal des Reichsmietengesetzes ist noch nicht entschieden, da der Reichstag in letzter Minute die Abstimmung aussetzte, da die Annahme des Gesetzes gefährdet schien. Die Mietsteuer hat die dritte Lesung im Reichstage passiert, so daß sie in aller Kürze mit dem erhöhten Steuerfuß in Kraft tritt.

Die Mieter haben bisher der Mietsteuer wenig Beachtung geschenkt, obwohl sie schon am 26. Juni v. J. in Kraft getreten ist. Das Interesse wird sicher sofort geweckt werden, sobald die Steuer, die um das Vierfache erhöht worden ist, erhoben wird. Wenn dem Wohnungsabgabegesetz in der jetzigen Fassung auch keine lange Lebensdauer beschieden sein wird, weil es völlig unzulänglich ist, so ist es doch notwendig, daß sich nicht nur die Mieter, sondern auch die Länder- und Gemeindevertreter mit diesem Gesetz bekanntmachen, da sie mit ihm arbeiten müssen, selbst es doch selbst in der kleinsten Gemeinde an Wohnungen.

Die Mietsteuer ist eine Zwangssteuer, die das Ziel hat, die Mittel sicherzustellen für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Sie soll aufgebracht werden von den Nutzungsberechtigten aller der Gebäudeteile, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt worden sind. Demnach müssen nicht nur die Mieter und Pächter die Abgabe entrichten, sondern auch die Hausbesitzer müssen zahlen für die Gebäudeteile, die sie benutzen. Die Nutzungsberechtigten von Gebäudeteilen, die nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellt worden sind, sind von der Abgabe befreit, weil sie höhere Mieten zahlen müssen infolge der gesteigerten Herstellungskosten. Die Abgabe, der der jährliche Mietwert vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt wird, beträgt 25 vom Hundert. Dazu kommt ein Zuschlag von mindestens der gleichen Höhe, den die Gemeinde zu erheben verpflichtet ist. Demnach hat ein Mieter für seine Wohnung, wenn die Miete am 1. Juli 1914 400 Mark betrug, jährlich 200 Mark Mietsteuer zu zahlen.

Die oberste Landesbehörde kann auch bestimmen, daß die Abgabe und der Zuschlag vom Grundvermögen erhoben wird. Der Reichstag hat darauf bestanden, daß diese Festimmung im Gesetz Aufnahme fand. Nach den Erklärungen werden die Länder, wenn sie von diesem Rechte Gebrauch machen, Zuschläge zur Grundsteuer erheben. Träger der Steuer sind auch bei dieser Erhebungsform, wie bei der unmittelbaren Mietsteuer, die Nutzungsberechtigten der Gebäudeteile. In dem Gesetz wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Abgabe abgewälzt und die Beträge wie Gemeindeabgaben beigetrieben werden können.

Damit den Ländern, in denen die Wohnungsnot besonders groß ist, ein Reichszuschuß gewährt werden kann, müssen von der unmittelbaren Mietsteuer 10 vom Hundert des Rohertrages an das Reich abgeliefert werden und 0,65 Mark pro Kopf der Bevölkerung von dem Betrag, der vom Grundvermögen erhoben wird. Der verbleibende Teil bleibt bei den Ländern und Gemeinden.

Das sind in kurzem die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes, das schätzungsweise in diesem Jahre 2 Milliarden Mark für den Wohnungsbau flüssig machen soll. Ein Teil der Steuer soll zur Finanzierung weiterer Anleihen benutzt werden, auch sollen Zuschüsse, soweit es irgend angängig, unmittelbar gezahlt werden. Die Träger der sozialen Versicherung — die Landesversicherungsanstalten, die Sonderanstalten und die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung — haben sich bereit erklärt, von ihren Rücklagen zu verwenden Nettocinnahmen des Jahres 1922 80 Prozent zu Darlehen an Gemeinden und Länder zur Unterstützung der Neubautätigkeit zu gewähren. Damit hat sich die Annahme, daß es nicht möglich sein würde, Anleihen aufzubringen, als falsch erwiesen. Mit dieser Feststellung soll jedoch die verfehlte Politik der Anleihenwirtschaft nicht gehehigt werden.

Unsere Fraktion hat das Gesetz abgelehnt, weil die Mietsteuer unsozial ist. Diese Stellung hat die Sozialdemokratie in all den Jahrzehnten eingenommen, und sie hat mit Recht betont, daß die Mietsteuer die bestkloppelste Klasse stark benachteiligt und die Kinderreichen Familien besonders schwer belastet. Die Mietsteuer belastet die Vermögenden des Volkes viel schwerer als die Einkommensteuer. Jeder Versuch, diese Steuer sozial zu gestalten, muß scheitern, weil sie, als Zwangssteuer, sozial gestaltet, sich selbst aufgeben würde. Das ist auch der Grund, der die Regierungsvertreter im Wohnungsausschuß erklären ließ, daß sie an der Mietsteuer kein Interesse mehr haben, wenn dem Gesetz die sozialen Härten genommen werden. Die sozialen Härten sind dem Gesetz erhalten geblieben. Eine unbedeutende Erleichterung hat man für die Kleinrentner geschaffen. Auf Antrag kann auch kranken oder erwerbslosen Abgabeschuldern die Abgabe erlassen werden, wenn sie eine besondere Härte bedeutet. Ein Arbeiter oder eine Witwe mit 4 Kindern und einem jährlichen Einkommen von 11 000 Mark müssen die

Steuer zahlen, das ist bei den Teuerungsverhältnissen eine fürchterliche Härte. Es wird nichts Außergewöhnliches sein, daß ein kinderloser, vielfacher Millionär nur den doppelten Betrag zahlt als viele Arbeiter. In der Gemeinde Wien ist eine Wohnbausteuer in Kraft getreten, die progressiv nach dem Mietzins gestaltet ist: sie läßt die untersten Wohnstufen frei, beginnt dann bei dem Einfachen des Mietzinses, um bis zum Vielfachen anzusteigen. Diese Gemeinde hat wenigstens der ersten Versuch zu einem sozialen Ausgleich unternommen. Daß auch bei dieser Veranlagung nicht alle Volkstümliche nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Bestreitung des Aufwands für den Wohnungsbau herangezogen werden, steht zweifellos fest, trotzdem unterscheidet sich dieses Gesetz vorteilhaft von der deutschen Mietssteuer. Auch die Wohnungsfrage muß mit den 10 Forderungen des A. D. G. B. und A. F. B. Bundes eng verknüpft werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich deshalb auch nicht zu dem Grundsatze bekennen können, daß die Mittel für den Wohnungsbau aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden müssen. Dieser Grundsatze darf nur Geltung erhalten, wenn den Trägern der Wohnungswirtschaft die Selbstverwaltung eingeräumt wird, rekrutiert sich doch das deutsche Volk aus 93 Prozent Mietern.

Die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß sozial Wohnungen gebaut werden, als es die vorhandenen Materialien und die verfügbaren Arbeitskräfte zulassen. Das Gesetz ermöglicht jedoch nur die Herstellung von 60 bis 70 000 Wohnungen; demzufolge wird sich am Ende des Jahres die Zahl der fehlenden Wohnungen um 1 000 000 erhöht haben. So kann trotz der hohen Abgabe noch nicht einmal die Verschärfung der Wohnungsnot gehemmt werden. Die einzig Wachen werden wieder die Baustoffproduzenten und Baustoffhändler sein, in deren Taschen der größte Teil der Wohnungsabgabe fließen wird. Und trotz der weiteren Uebersteigerung der Baustoffpreise werden die Gemeinden und die gemeinnützigen Produktionsgenossenschaften auch in der Zukunft unzureichend beliefert werden. Auf die Frage im Wohnungsausschuß, „wo der Zement abgeblieben sei“, erklärte der Syndikus der Zementindustrie: „Den haben die Schweine aufgefressen“. Damit brachte er zum Ausdruck, daß die Landwirte Zement gebrauchen zur Realisierung der Liebesgaben, die ihnen der Minister Hermes zugeschanzt hat. Die Landwirte bauen Reit- und Schweineställe und für Wohnungen kann kein Zement geliefert werden.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß nach dem Gesetz Bauten im Privateigentum errichtet werden und verbleiben können. Der Bauherr kann dieses Haus auch mit Gewinn verkaufen, nur ein übermäßiger Gewinn soll nicht erzielt werden. Daß diese Bestimmung keine praktische Bedeutung erhält, muß Aufgabe unserer Vertreter in den Ländern und den Gemeinden sein. Hoffentlich schließen sich die Rechtssozialisten diesem Vorgehen energisch an, im Reichstag war es nicht der Fall. Legt die Arbeiterschaft auch dieses Wohnungsgesetz so aus, wie es im Interesse der Allgemeinheit liegt und kämpft sie in diesem Sinne, dann ist die Stunde gekommen, in der die Wohnungswirtschaft aufgehört hat, ein Ausbeutungsfeld für das privatkapitalistische Unternehmertum zu sein.

Russische Klage vor deutschen Gerichten

In den letzten Tagen ist zwischen den Berliner russischen Zeitungen, dem bolschewistischen „Romy Mir“ und dem sozialrevolutionären „Golos Rossii“ eine scharfe Polemik entbrannt. Diese Polemik wird die deutschen Gerichte in nächster Zeit beschäftigen. Das bolschewistische Blatt „Romy Mir“ hat nämlich unter anderem dem zur Zeit sich in Berlin befindlichen Führer der Partei der Sozialisten-Revolutionäre Wiktor Tschernow vorgeworfen, daß er sich im Kampf gegen die Bolschewisten unläuterer Mittel bedient haben soll und daß er Geldmittel zu diesem Zwecke von der Bourgeoisie, den deutschen Militärs, den Ententeemissionen und von der russischen Kirche erhielt.

Tschernow gab darauf in seinem Blatte „Golos Rossii“ eine Erklärung ab, in welcher er sagt, daß er es unter seiner Würde hält, mit dem „Romy Mir“ weiter zu polemisieren und daß er die Redaktion des bolschewistischen Blattes wegen Verleumdung

vor dem deutschen Gericht zur Verantwortung ziehen wird.

Der Prozeß zwischen Tschernow und dem „Romy Mir“ verspricht sehr interessant zu werden, da er in mancher Beziehung ein neues Licht auf die zur Zeit in Rußland herrschenden politischen Verhältnisse werfen wird. Es wird der erste Prozeß sein, wo vor einem ausländischen Gericht politische Gegensätze der russischen Parteien erörtert werden.

Nachklang zum Eisenbahnerstreik

„Enthüllungen aus Geheimakten“

In sensationeller Aufmachung bringt das „Berliner Tageblatt“ heute morgen „Enthüllungen aus angeblichen „Geheimakten der Eisenbahn-Reichsgewerkschaft“. Das Blatt schweigt sich darüber aus, woher diese Geheimakten stammen und wie sie in seinen Besitz gelangt sind. Deshalb geben wir, im Interesse der öffentlichen Aufklärung, die folgenden Stellen mit allem Vorbehalt wieder, sie sollen sich in „Richtlinien für die Durchführung eines Generalstreiks auf der Eisenbahn“ befinden:

Sabotage: 1. Alle unter Dampf stehenden Lokomotiven, einbezogen diejenigen, die sich auf der Strecke befinden, sind durch Entfernung des Feuers betriebsunfähig zu machen. An den im Schuppen stehenden Lokomotiven ist nach Möglichkeit eine Luze zu entfernen, während auf den auf der Strecke befindlichen Lokomotiven das Entfernen eines für die Instandsetzung der Lokomotiven notwendigen Maschinenteils genügt. 2. Die Rangierlokomotiven in den Bahnhöfen sind ebenfalls außer Betrieb zu setzen und Sperren die Fahrstraßen. 3. Drehscheiben und Befehlsanlagen sind ebenfalls außer Betrieb zu setzen. 4. Je nach örtlichen Verhältnissen können noch besondere Maßnahmen getroffen werden, die darauf bedacht sind, daß der Lokomotivdienst durch sogenannte Technische Notfälle nicht übernommen werden kann. 5. Ist der Verkehr auf diese Weise lahmgelegt, so daß die Weiterführung durch Ersatzleute nicht zu befürchten ist, dann bleibt dieser Zustand.

Verwendung des Personals: Ist der Streik erklärt, so ist der gesamte Betrieb stillzulegen. Das Personal wird dann verwendet: a) zur Organisation, b) zur Durchführung des Kurier- und Nachrichtenendienstes, c) zur vorübergehenden Aufnahme eines beschränkten Verkehrs, zur Nachrichtenübermittlung, Transportbewachung, d) zur Besetzung der Telegraphen- und Fernsprechanlagen.

Terror: Die dem Streik zuwiderhandelnden Kollegen sind festzustellen und dem Vorstand der Reichsgewerkschaft zu melden.

Verbündete: Zur Erhöhung der Strohkraft haben die Streikleitungen die Mitwirkung anderer Gewerkschaften zu erstreben. Es können mit diesen gemeinsam Streikleitungen gebildet werden. Es ist nach Möglichkeit, nötigenfalls durch geeignete persönliche Geldzuwendungen, für den Zugfrieden der Eisenbahnerschaft zu sorgen.

Geheimorganisation: Ueber die Art und den Aufbau der Streikorganisation ist unbedingt Stillschweigen zu bewahren. Alle getroffenen Maßnahmen sind geheim zu halten. Zusammenkünfte dürfen nur an sicheren und geheim zu haltenden Stellen stattfinden. Alle Zusammenkünfte werden organisiert und geleitet durch Mitglieder des Aktionsausschusses.

Streikleitung: Den Mitgliedern der Streikleitung ist zu empfehlen, beim Streikausbruch sich aus ihren Wohnungen zu entfernen. Während des Streiks ist das Tragen der Uniform möglichst zu vermeiden.

Ein Teil dieser Richtlinien mutet auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt recht sonderbar an; indes wiederholen wir unseren Vorbehalt und erwarten, daß sich die Reichsgewerkschaft im Interesse der öffentlichen Aufklärung zu den Veröffentlichungen äußert.

Die heutige Börse

Die heutige Börse zeigte vorwiegend schwache Haltung. Sapaq 565, Lond 415, Hanfa 490, Hamburg-Süd 700, A. E. G. 915, Bochumer 1350, Laura 2225, Luxemburger 1243, Gelsenkirchener 1285, Böhmis 1340, Oberbedarf 1149, Caro 1060, Rheinisch 1565, Rapener 840, Steintner 1090, Dynamit 965, Darmstädter 610, Orenstein 1225. — An fremden Devisen waren Holland 9325 zu 9375, London 1085 zu 1087, Italien 1290 zu 1310, Paris 2210 zu 2220, Dollar 244, Schweiz 4750, Rumänien 190 zu 192, polnische Noten 5,80 zu 5,85, österreichische Noten 3,50 zu 3,55.

Vor den Wahlen in Ungarn

(Intel) Budapest, 3. März.

Da die Regierung mit den Vertretern der Sozialdemokraten neue Verhandlungen eingeleitet hat, wurde die Entscheidung über die Wahlbeteiligung der Sozialdemokraten von der sozialdemokratischen Parteileitung verschoben. Karl Bayer äußerte in einer Unterredung, daß die Forderungen der Sozialdemokraten außerordentlich geringfügig seien und im wesentlichen in der Forderung des Proportionalwahlrechtes auch in den Industriegebieten der Provinz beständen, wodurch die Nachteile der öffentlichen Abstimmung gemindert werden könnten.

Trotz der Verwarnungen des Innenministers führen die „Erwachenden Ungarn“ den Wahlkampf nach ihren bisherigen Methoden weiter fort. Vorgestern wurde in der Stadt Seged der liberale Abgeordnete Viktor Dragdy durch eine kleine bewaffnete Schar von „Erwachenden Ungarn“ aus der Wahlversammlung, in der er sprechen wollte und die von einer großen Anzahl seiner Anhänger besucht war, gewaltsam verjagt. In der Stadt Debrecin hatten die „Erwachenden Ungarn“ gegen den katholischen Bischof Dezer Balthazar, der als oppositioneller Kandidat aufgestellt werden sollte, bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige erstattet, weil er ein staatsfeindliches Element sei. Die Staatsanwaltschaft hat tatsächlich dieser Forderung nachgegeben und ein Strafverfahren gegen den Bischof eingeleitet, dem dadurch nun ein Weg gemacht wurde, als Kandidat aufzutreten. Mit diesem Erfolg nicht zufrieden, bedrohten die „Erwachenden Ungarn“ auch das Leben des Bischofs, der infolgedessen auszuwandern beabsichtigt.

Grasschaftswahlen in England

London, 3. März.

Nach den bisher eingegangenen Ergebnissen der Londoner Grasschaftswahlen erhielten die Reformer 67, die Fortschrittler 17 und die Arbeiterpartei 10 Sitze. Die Reformer gewannen gegen früher 10 Sitze und verloren keinen, die Fortschrittler gewannen einen und verloren 11, und die Arbeiterpartei gewannen 5 und verloren 5 Sitze. Bei der Wahl handelte es sich vor allem um die brennende Frage der Erbsparnisse im Hinblick auf eine Steuerermäßigung. Die Reformer widerlegten sich energisch manchen weitreichenden Plänen, die von den Fortschrittler und Arbeiterparteilern befürwortet wurden.

Die Kriegsbeschädigtenfrage

Beratungen im Internationalen Arbeitsamt

Genf, 2. März.

Auf Initiative der großen internationalen Kriegsbeschädigtenverbände und des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes traten heute unter Vorsitz von Albert Thomas im Arbeitsamt sechs Sachverständige der Kriegsbeschädigtenverbände und vier Sachverständige der deutschen, französischen, englischen und italienischen amtlichen Fürsorgestellen zu einer Konferenz über die Kriegsbeschädigtenorganisationen, soweit sie in das Gebiet der Arbeitsorganisationen fallen, zusammen. Die Beratungen gelten vor allem den Problemen der Orthopädie und der Prothese, die durch eine internationale Ausstellung und vergleichende Untersuchungen der betreffenden Organisationen in den einzelnen Ländern gefördert werden sollen. Außerdem will die Konferenz der erzieherischen Hilfe für Kriegsbeschädigte ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Konferenz wird hierbei die Frage erörtern, ob ein allgemeines internationales Abkommen angebahnt werden könne. Gleichzeitig geht die Sachverständigenkonferenz bei der Behandlung aller Probleme der Kriegsbeschädigtenfürsorge von dem Grundsatze aus, daß die erzielten Fortschritte möglichst auch den Arbeitsinvaliden zugute kommen sollen. Die Konferenz wird ihre Beratungen morgen fortsetzen.

Tod des Berliner Schweizerischen Gesandten. Wie der „Dona“ bei der Schweizerischen Gesandtschaft bestätigt wird, ist der Schweizerische Gesandte in Berlin, Minister Dr. von Planta, gestern abend in Davos an einer schweren Grippe gestorben. Dr. von Planta weilte dort zum Besuch seines erkrankten Sohnes.

1 Goldrubel = 200 000 Sowjetrubel. Das Volkskommissariat für Finanzwesen hat den Kurs des Goldrubels im Monat März auf 200 000 Sowjetrubel festgesetzt.

Arbeiter-Büchertisch

(erschienen jeden zweiten Freitag)

Wiedergutmachung und auswärtige Politik

Bei der Behandlung der Fragen, die mit dem Reparationsproblem zusammenhängen, werden in der Tagespresse meist die großen Zusammenhänge außer acht gelassen, die zwischen diesem, die gesamte Politik der europäischen Staaten beherrschenden Problem und den Richtlinien der Außenpolitik bestehen. Auch die einzelnen Etappen, die das Reparationsproblem bereits durchgemacht hat, entschwinden oft dem Gedächtnis. Unter diesen Umständen ist es außerordentlich zu begrüßen, daß in der kürzlich erschienenen Schrift von Dr. E. Kraus „Von Versailles bis London“ (Karlruhe i. B., Braunsche Hofdruckerei und Verlag, Preis 18 M.) eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Momente der Außenpolitik im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem gegeben wird.

Der Verfasser geht von der vollkommen zutreffenden Voraussetzung aus, daß die weltpolitischen Probleme der Gegenwart nur richtig erkannt und verstanden werden können, wenn sie eingestellt werden in die Entwicklung der europäischen Großmachtpolitik und des modernen Imperialismus. Die Gegensätze der Staaten zueinander, ihre verschiedenen außenpolitische Einstellung wurzeln in ihrer verschiedenen staatspolitischen Entwicklung, in ganz verschiedenen außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Machtinteressen und der verschiedenen Tradition, welche die soziale Psychologie und die Mentalität geformt hat. Unter diesem Gesichtspunkt geht der Verfasser sowohl an die deutsche Politik, vor, während und nach dem Kriege heran, wie an die verschiedenen internationalen Probleme, die im Gefolge des Krieges entstanden sind. Seine Einstellung ist eine konsequente pazifistische, wenn sie auch in manchen Punkten nicht frei ist von einer gewissen Beschränktheit bei der Wertung der Revolution und der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands. In außenpolitischen Fragen jedoch zeigt der Verfasser einen durchaus klaren Blick sowohl für die Fehler und Unterlassungsfünden der nachrevolutionären Regierungen wie für die Realitäten und Notwendigkeiten der Gegenwart, die Deutschland eine offene, konsequente Friedenspolitik, die völlige Preisgabe der imperialistischen Machtspolitik und die ehrliche Durchführung des Friedensvertrages diktiert.

Sehr eingehend behandelt der Verfasser die einzelnen Phasen, die die Reparationsfrage seit Versailles durchgemacht hat. Er kritisiert scharf die deutsche Politik, die in den zwei Jahren vom Abschluß des Versailler Friedens bis zur Unterzeichnung des Londoner Ultimatum im Mai 1921 keine klare und konsequente Politik verfolgte und alle Gelegenheiten, zu einem günstigeren Ergebnis zu kommen, verpasste. Diese Schuld der deutschen Politik

wird besonders deutlich erkennbar in den Abschnitten des Buches, die die Konferenz von Spaai, die Finanzkonferenz von Brüssel und den Kampf um die Wiedergutmachung bis zur Unterzeichnung des Londoner Ultimatum behandeln. Wenn die Entwicklung inzwischen auch ein gut Stück weitergegangen ist, so ist die Kenntnis dieser Einzelheiten und ein zusammenfassender Rückblick auf die einzelnen Phasen der Reparationspolitik für jeden nützlich, der sich in den komplizierten Fragen der Außenpolitik zurechtfinden will.

Auf einen merkwürdigen Widerspruch muß zum Schluß hingewiesen werden, den sich der Verfasser bei der Einschätzung der Politik der Unabhängigen zuschulden kommen läßt. Er würdigt einerseits die konsequente Haltung der U. S. P. bei ihrem Kampfe um den Friedensvertrag und bemerkt, trotz seiner allgemeinen Sympathien für die Rechtssozialisten, daß die schwankende Haltung der S. P. D. darauf zurückzuführen sei, „daß gewisse führende Sozialdemokraten, die schon in der Kriegspolitik immer mehr nach rechts gerückt waren, auch jetzt nicht weniger national sein wollten als die anderen Parteien, die sich zum Teil schon auf Ablehnung festgelegt hatten“. Andererseits macht er den Unabhängigen den Vorwurf, daß sie durch ihre Politik in der Entwaffnungsfrage „dauernd der Entente Wasser auf die Mühlen gossen“. Dieser Vorwurf ist durchaus unbegründet und wäre sicherlich vom Verfasser nicht erhoben worden, wenn er den Kampf der U. S. P. gegen den neudeutschen Militarismus, gegen das Balkanabenteuer, gegen die geheimen Rüstungen der Reaktionsäre usw. in den großen Rahmen des Kampfes um die Ausführung des Friedensvertrages hineingestellt hätte. Das ungenügende Verständnis für die innerpolitischen Konsequenzen der Friedenspolitik der U. S. P. hat dem Verfasser, ungeachtet seiner ehrlichen pazifistischen Gesinnung, ein wenig sein außenpolitisches Konzept verdorben. Trotz dieses Mangels kann jedoch seine Schrift auf das wärmste empfohlen werden. A. Stein

Karl Kautsky: Irland. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin. 32 Seiten. Preis 6.— Mark.

Das nationale Problem Irlands, das ebenso wie dasjenige Polens das letzte Jahrhundert erfüllte, ist mit dem englischen Vertrag zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. An einem solchen historischen Wendepunkt ist es gut und nützlich, sich über das geschichtliche Werden des Problems, seine nationale, soziale und religiöse Seite zu unterrichten. Kautsky's Schriftchen erfüllt diesen Zweck in hervorragender Weise. Der knappe, zur Verfügung stehende Raum zwang ihn zur kürzesten Zusammenfassung des Stoffes. So erscheint manches zu summarisch. Aber im ganzen gibt Kautsky eine vorzügliche Darstellung der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Kämpfe, die die grüne Insel jahrhundertlang erfüllten, nicht ohne gründlich die tieferen Ursachen zu beleuchten, aus denen sie erwachsen. Er verweist dabei, ganz natürlich, mit besonderer Ausführlichkeit beim 19. und andbrechenden 20. Jahrhundert. Von allgemeinstem Interesse ist aber

Kautsky's Urteil über die endliche Verlöbning, den hernortragenden Anteil Lond Georges, die extrem-nationalistische Ideologie De Valeras und seiner Anhänger. Hier findet Kautsky wahrhaft klassische Worte über den verfliegenden Nationalismus, der sofort zur unfruchtbaren Rechthaberie herabsinkt, wenn das nationale Gesamtinteresse andere Wege zu geben verlangt.

Wird die neue Ordnung in Irland perfekt, dann eröffnen sich auch dem irischen Proletariat völlig neue Aussichten. Kautsky weist darauf hin, daß das irische Proletariat, das die Avantgarde im nationalen Befreiungskampfe bildet, aus der staatlichen Unabhängigkeit zunächst nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung seiner Lage zu erwarten hat. Aber die Erringung seiner nationalen Freiheit eröffnete erst den Boden für die Föhrung des proletarischen Klassenkampfes. Ganz besonders würdigt Kautsky die Wirkung der englisch-irischen Verlöbning auf die englische Politik und die der Arbeiterpartei. England ist von einer schwärzenden Wunde befreit und die Arbeiterpartei kann sich jetzt mit viel größerer Klarheit und Geschlossenheit den sozialen und politischen Kämpfen zuwenden. So schafft die Verständigung günstige Bedingungen für alle, während der Weg der Gewalt stets Sieger wie Besiegte unerhört schädigt und die Zukunft ungenügend beunruhigt. L. L.

Magnus Schwantje: Gründe gegen die Bisoffektion. Preis 2,50 M. — Oeffentliche Disputation über die Bisoffektion im Pöthologischen Institut der Universität Bern. 2. Auflage. Preis 2 M. Beide Schriften herausgegeben vom Bund für radikale Ethik, e. V., Berlin W. 15.

Man hat in den letzten Jahren nur wenig von den Arbeiten der Bisoffektionsgegner gehört. Der Grund, aus dem jetzt weniger als früher in der Oeffentlichkeit von ihnen gesprochen wird, liegt gewiß darin, daß die meisten Menschen seit dem Ausbruch des Weltkrieges sich so viel mit politischen und sozialen Aufgaben beschäftigen, daß sie sich nicht auch noch um rein ethische Fragen kümmern mögen. Wer aber die hier angezeigten neuen Schriften unbedungen liest, muß zu der Ansicht kommen, daß die von den Bisoffektionsgegnern gegen einen Teil der medizinischen Forscher erhobenen Anklagen auch in dieser schweren Zeit gründlich geprüft werden sollten. Die Bisoffektionsfrage darf nicht von den Fachleuten allein entschieden werden, sondern muß, wie alle moralischen Fragen, öffentlich diskutiert werden. Diese Ansicht wird in diesen beiden Schriften in überzeugender Weise begründet. Besonders jetzt, da die Revolution des Strafrechtbuchs nahe bevorsteht und auch die strafrechtlichen Bestimmungen gegen die Tierquälerei verschärft werden sollen, verdient der Vorschlag Schwantjes und anderer Bisoffektionsgegner, aus Medizinern und Laien bestehende Kommissionen einzusetzen, die die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bei der Ausübung der Bisoffektion zu überwachen hätten, Beachtung. Wertvoll sind auch die Bemerkungen Schwantjes über das Verhältnis der Fackente zu den Laien und die Notwendigkeit der „demokratischen Kontrolle“ aller Gelehrtenstände, auch der Mediziner, über die hervorragenden Leistungen einiger Autobiografen in der Heilwissenschaft, über die falsche Auffassung des Sages vom „Selbstzweck der Erkenntnis“ und sein eingehender Vergleich der Bisoffektion mit der in früheren Jahrhunderten üblichen Fösterung der Untersuchungsgefängnisse.

Deutschnationale Verleumder

Ein nachsichtiger Staatsanwalt

Der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Herr von Schilling, wurde gestern vor der Strafkammer in Moabit wegen Beleidigung des Reichkanzlers Bauer und des früheren Wirtschaftsministers Wiffel zu 20 000 Mark Geldstrafe oder 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet war, daß sich die sozialdemokratischen Minister durch Mitwirkung beim Abschluß des sogenannten Kahn-Vertrags mit den Deutschen Werken materielle Vorteile für sich und ihre Partei verschafft hätten.

Von den Behauptungen konnte vor Gericht nichts erwiesen werden. Herr von Schilling spielte als Angeklagter eine geradezu klägliche Rolle. Er erklärte immer wieder mit weinerlicher Stimme, daß er den Artikel im guten Glauben auf die Zuverlässigkeit der Herren Bäcker und Wolff immermann veröffentlicht habe. Aber auch die anderen deutschnationalen Herren wollten die Verantwortung nicht übernehmen. Wir sehen, der Jagowprozeß in Leipzig macht Schule.

Die „Deutsche Zeitung“ ist über das Urteil empört. Sie bezeichnet es als einen schweren Rechtsirrtum, kann aber zu ihrer Entschuldigung nichts weiter vorbringen, als daß sie die Verantwortung für den Artikel einer Korrespondenz zuschiebt und im übrigen das „Bewußtsein der Beleidigung“ abstreitet. Im Grunde genommen ist der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Zeitung“ sehr milde davongekommen. Wenn vor dem 9. November ein sozialdemokratischer Redakteur über kaiserliche Minister derartige Behauptungen aufgestellt hätte, so wäre er nicht unter 3 Jahren Gefängnis davongekommen. Die rechtsstehende Presse hat bisher auch nicht ein Wort der Kritik gesagt, wenn sozialdemokratische Redakteure vor republikanischen Gerichten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wenn sie es wagten, an der Heiligkeit der Justiz zu zweifeln. Würde die linksstehende Presse in ähnlicher Weise wie die rechtsstehende mit Verleumdungen und persönlichen Verdächtigungen gegen führende Persönlichkeiten arbeiten, dann würde die ganze linksstehende Presse ruiniert werden infolge der unerhörten Strafen und der Prozeßkosten, die über sie auch heute noch verhängt werden würden. An diesem Vergleich gemessen, ist das Urteil gegen die „Deutsche Zeitung“ sehr milde ausgefallen.

Man kann es verstehen, daß die deutschnationale Presse für Verdummungsfreiheit plädiert. Denn es liegt im deutschnationalen Parteiinteresse, die Republik und ihre Träger in den Kot zu ziehen. Bis hierher ging das Geschäft auch tadelloß, nur selten kümmerte sich ein Staatsanwalt um die gegen die Republik geschleuderten monarchistischen Schmähfübel. Aber wehe dem linksstehenden Redakteur, der einen Monarchisten ohne Beweise angriff, wehe dem armen Schächer, der sich gar an monarchistischen Symbolen vergreift! So mag es denn für das deutschnationale Parteigeschäft bedauerlich sein, daß jetzt auch Monarchisten nicht mehr ohne Strafe verleumden können. Jedoch sind die Aussichten für sie, bei dem allgemeinen Stand der heutigen Justiz, immer noch nicht hofflos. Es gibt sicher noch Richter in Deutschland, die für die Auffassung des Staatsanwalts Dührich Verständnis haben, der in dem Prozeß gegen Herrn v. Schilling 1500 M. Geldstrafe für eine ausreichende Sühne hielt und das, obwohl er ausdrücklich die Schwere der Verleumdung feststellen mußte!

Welche Strafe würde wohl dieser Staatsanwalt gegen einen sozialistischen Redakteur beantragen, der ähnliche beweislose Beschuldigungen gegen frühere kaiserliche Minister erheben würde?

20 Millionen für Ausnahmegerichte

Im Etat des Reichsjustizministeriums werden für das laufende Jahr für die Ausnahmegerichte, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom März 1921 eingerichtet sind, nicht weniger als 20 Millionen gefordert. Als Genosse Rosenfeld im Hauptauschuß des Reichstags diese Summe bemängelte, wurde vom Unterstaatssekretär Joel erklärt, daß nicht

weniger wie 5000 Verfahren vor außerordentlichen Gerichten verhandelt werden seien. Jedes dieser Prozeßverfahren hat also 3500 M. gekostet. Also fast 18 Millionen hat die Ausnahmejustiz verschlungen. Genosse Rosenfeld beantragte die Streichung der 20 Millionen. Der Einwand, daß ein Teil dieser Summe zur Verpflegung der Gefangenen benutzt werde und daß er doch wohl nicht die Gefangenen hungern lassen wolle, wurde mit der erneuten Forderung nach Amnestie für die Verurteilten beantwortet. Der Antrag auf Streichung der 20 Millionen wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten abgelehnt.

Der kommunistische Niedergang

Trotz aller Hehe, trotz aller Verfolgungen, trotz aller Gemeinheiten entwickelt sich die kommunistische Partei glänzend. Also zu lesen in der kommunistischen „Vergischen Volksstimme“ in einem Rückblick über die kommunistische Partei des Bezirks Rheinland-Westfalen-Süd. Und die Berliner „Rote Fahne“ ergeht sich in der gleichen Weise über den glänzenden Stand der kommunistischen Bewegung in jenem Bezirk. So schreibt sie in ihrer gestrigen Abendausgabe prahlerisch: „Die kommunistische Partei hat in der letzten Zeit sich in jeder Weise im Vertrauen der Arbeiterklasse befestigt. Die Mitgliederzahlen ihrer Organisationen, die Auflageziffern ihrer Presse steigen seit der Liquidation des Friesland-Standbais und seit dem Eisenbahnerstreik von Woche zu Woche zusehends.“

Nun gehört ja das Klappern zum kommunistischen Handwerk, aber ein solches Auftragen übertrifft denn doch alle Grenzen. Wir möchten deshalb die Großsprecherien der beiden kommunistischen Blätter, namentlich auch soweit sie sich auf das Werk von Halle und die damit vollzogene Spaltung der U. S. P. D. und das Erbe der früher in der U. S. P. D. organisierten Arbeitermassen beziehen, auf das richtige Maß zurückführen und zwar auf Grund des Zahlenmaterials, das die in Elberfeld erscheinende kommunistische „Rote Fahne“ veröffentlicht. Das Bild ist das folgende:

Unterbezirke	U. S. P. D. (ohne R. P. D.) vor der Spaltung	R. P. D. 1 1/2 Jahr nach der Spaltung
Barmen	12 220 Mitglieder	1 880 Mitglieder
Krefeld	841	1 252
Düsseldorf	24 544	5 813
Hagen	9 678 (1. 4. 20)	1 682
Remscheid	13 156 Mitglieder	4 513
Solingen	13 594	4 922
Insgesamt	73 753 Mitglieder	20 062 Mitglieder

Am interessantesten sind die Ziffern jener Unterbezirke, die bei der Spaltung nach Angaben der damaligen Vereinigten U. S. P. D. Leitung geschlossen oder nahezu geschlossen, d. h. mit dem gesamten Organisationsapparat und der Zeitung zur R. P. D. gegangen sind. Es sind dies die Kreise Krefeld, Remscheid und Solingen. Die Krefelder U. S. P. hat sich mit der weit zahlreicheren alten R. P. D. vereinigt und heute sind noch ganze 1252 Mitglieder nach eigener Angabe vorhanden.

In Remscheid-Bennep-Wettmann erfolgte der Uebertritt zur R. P. D. fast geschlossen, die R. P. D. wuchs mit dem Zuwachs durch die Altkommunisten gut 16 000 Mitglieder zählen. Heute sind es nach eigener Angabe noch 4513.

Im Unterbezirk Solingen traten 13 100 zur R. P. D. über, nicht ganz 500 blieben damals bei der U. S. P. Vor dieser stolzen Organisation bleiben heute der R. P. D. noch 4922 Mitglieder. Der Unterbezirk Barmen, der außer Barmen auch Elberfeld, Wuppertal und Langerfeld umfaßt, hatte vor der Spaltung kommunistische Ortsgruppen mit insgesamt über 800 Mitglieder; heute sind es ganze 1000 mehr, ein Zeichen, daß es der R. P. D. nicht gelungen ist, wesentliche Teile der U. S. P.-Mitglieder an sich zu fesseln.

Jedes Wort der Kritik erübrigt sich hier. Diese Zahlen sprechen für die Arbeiterklasse eine solch lurchidare Sprache, daß jedem ehrlich empfindenden Klassengenossen ein Schauer aufkommen muß über die Wirkungen kommunistischer Propaganda innerhalb der Arbeiterklasse. Dabei prahlen die R. P. D.-Zeitungsschreiber in unbewußter Selbstverpötlung der kommunistischen Erziehungsarbeit noch mit der Bemerkung, daß gerade der hier in Frage kommende Bezirk die deutsche kommunistische Hochburg sei. Wie mag es da in anderen Bezirken ausfallen.

Das nennen dann „Vergische Volksstimme“ und „Rote Fahne“ eine „glänzende Entwicklung“ der kommunistischen Partei.

Vertagung des irischen Parlaments. Nachdem die heutige Sitzung des Dail Eireann abermals mit scharfen Auseinandersetzungen zwischen Vertragsabhängern und Vertragsagagnern verbracht worden war, hat sich der Dail Eireann bis zum 25. April vertagt.

gar gottserbärmliche Lobeshymnen und führten an den Höfen ihrer Dudes-Idioten als Hof-Poeten und Leib-Dichter wahrhaftig das Dasein gezähmter Affen. In solcher Umgebung erscheint der ungezähmte, respektwidrige Saufruder und Sagabund Johann Christian Günther wirklich fast wie ein Genie. Leider war er in seinem Leben schreibbar jünger als in seinen Gedichten; denn denen merkt man, trotz aller Kraft und Eigenart, doch immer wieder die Mügel und Zöpfe der damals üblichen gelehrten Boeserei an. Nur selten durchbricht die Schönheit des Verses ein wirklich ungezähmtes, rein menschliches Gefühl und Wort, das auch uns noch heute entzückt oder erschüttert. Am besten noch da, wo er sich seinen Sinnen, seiner Liebestrauer ganz ehrlich hingibt.

Ob Wendels Auswahl ihn wieder unter die Lebendigen, noch heute Lebendigen und gelebten Dichter einreißt? Ich fürchte: nein. Ich fürchte: das meiste gebort doch schon zu sehr der Literaturgeschichte an. Aber die Erinnerung an Günther, als an einen feurigen und sich im Feuer verzehrenden, von Willkürern gequälten, von Tugendhelden verdammten Dichteringling, die sollte allerdings nicht von der Literaturgeschichte, sondern vom Volke bewahrt werden. H. S.

Heinz Welten: Der Globus-Apotheker. Ein humoristischer Reisetoman. Verlag Morawe u. Edelzell, Berlin.

Ein lebenswürdig-anspruchloses Buch, das uns in eine Zeit zurückverhrt, da es noch möglich war, für ein paar Mark Weltreisen zu machen. Es enthält sehr hübsche, anscheinend selbst geschaut Schilderungen von Kopenhagen, Wismarburg und Island; der Rahmen einer großartigen Natur umschließt die Schicksale dreier Menschenpaare, von denen zwei gute alte Simplicissimus-typen von Klein- und Großhändlern darstellen, denen ein einzelnes von höherem Schlage als Widerspiel gegenübersteht. Freuden eines harmlosen Humors und einer guten Beobachtungsgabe für landschaftlichen Schönheiten mag das Buch empfohlen sein. K. K. J.

Beachtenwerte Neuerscheinungen

- Mitrah Braumihal: Geld und Kaluta. Leipzig. Verlag Gewerkschafts-Verlag, Leipzig, 65 Seiten, M. 7.—
- Nikcher Dehewi: Kasernenleben Dilese aus den Jahren 1883 bis 1902. S. Fischer-Verlag, Berlin.
- John G. Hillier: Die Französischen Revolutionen. Verlag Jolly Reiner, Leipzig 1922, 35 M.
- Fortsetzung der Fortschritt. Verlag Jolly Reiner, Leipzig 1922, 7 M.
- Karl Samjua: Die Weibler am Brunnen. Roman. Verlag Albert Langen, 36 M.
- Georg Zegg: Die Fragmente der Sappho. Hebertragen und eingeleitet. Malarion-Verlag, München.
- Marie Reiff: Rufe aus dem Dunkel. Duchoerlag der Arbeiter-Rundschau, Berlin 1921, 6 M.
- Kridlich: Wirtschaftliche Betriebslehre. 5. Auflage. Verlag C. E. Pöschel, Stuttgart.
- Helmut Schöninger: Das Wirtschaftsprüfung des Mittelstandes und der Selbstverwaltung. Die wirtschaftliche Organisation als Problem der sozialistischen Wirtschaftsaufstellung. 66 Seiten. Verlag des Deutschen Arbeiterbundes, München.
- Walt Wisniewski: 2 Bände. Kasernenleben, Hebertragen und eingeleitet von Hans Neillger. S. Fischer-Verlag, Berlin.

Gasvergiftungen als Streikfolge?

Leichtfertige Verleumdungen von Arbeitern

Nur in letzter Zeit häufiger als früher auftretende Gasvergiftungen, denen eine nicht geringe Anzahl von Personen in letzter Zeit erlegen ist, versucht man in der bürgerlichen Presse, die schon während des Streiks der städtischen Arbeiter in Bezug auf Verbreitung von Tatsachennachrichten großes geleistet hat, wider besseres Wissen den Streikenden die Schuld zu geben. Dieses Manöver wird von der Direktion der städtischen Gaswerke nicht nur nicht entschieden zurückgewiesen, sondern noch unterstützt.

Die Gefährlichkeit des Gases ist gegenüber früher dadurch bedeutend erhöht worden, daß durch die jetzige Zusammenlegung desselben etwa vorhandene Gefahren nicht so schnell bemerkt werden können wie früher, weil der früher leicht zur Warnung dienende Geruch bedeutend vermindert ist. Nebenbei bemerkt sei dabei noch, daß der Brenn- und Leuchtwert des Gases sich ebenfalls durch die veränderte Zusammenlegung erheblich vermindert hat.

Die Veränderung des bisher gelieferten Gases ist nötig geworden durch verminderte Kohlenzufuhr. Jetzt wird an Stelle der früher üblich gewesenen Zulegung von Wassergas von 15 Prozent bis zu 40 Prozent davon zugelegt. In einer Mitteilung an eine Berliner Mittagszeitung wird diese Maßnahme damit begründet, daß man infolge des Streiks dazu gezwungen wurde. Es wird so hingestellt, als ob dadurch ein Kohlenmangel aufgetreten sei. Wie unwarhaftig und verlogen diese Darstellung ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß schon ständig vor dem Streik eine Kohlennot bei den städtischen Werken vorhanden war, und der Oberbürgermeister wegen dieser Notlage sich schon einmal deshalb mit einem telegraphischen Hilferuf an die Reichsregierung wandte. Also liegen die Ursachen für die Kohlennot und die dadurch entstehenden Folgen nicht bei den Streikenden. Alle diesbezüglichen Folgerungen und Kennzeichnungen für die Methode von Verleumdungen der Arbeiter.

Am Schalter

Ein Film, der täglich gedreht wird

Am Montag, den 27. Februar, zwischen 11 und 11 Uhr vormittags, am Schalter 8 des Postamtes W. 13. Ein Herr gibt ein Telegramm nach Peking auf und erzählt dem Schalterbeamten, bei seinen Herrschaften, chinesischen Diplomaten, seien vor einigen Tagen Ebert und Wittich zum Essen eingeladen gewesen. Sie hätten abgelehnt. Darauf erwidert der Postbeamte:

„Das ist auch sehr vernünftig, denn ein Schalter wie Ebert kann ja vor einem Diplomaten nicht einmal einen richtigen Anlaß machen! Der Kaiser sei viel zu schade gewesen für ein solches Dreckvoll, das sich die Republik gefallen lasse. So was nennt sich heilige Republik.“

In diesem Tone ging es weiter, bis eine Dame, die nächste an der Reihe, an den Postbeamten die Frage stellte, ob das geführte Gespräch ein Dienstgespräch sei. Dann wollte sie sich noch gedulden. Erst dadurch ließ sich der Beamte in seiner Unterhaltung unterbrechen.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob dem Beamten das Geld, das er von der Republik bezieht, ebenso stinkt, wie diese. Doljo Kofler

Aufgaben des Republikanischen Lehrerbundes

Es wird uns geschrieben: Am 20. 2. 22 erfolgte in Berlin die Gründung des Republikanischen Lehrerbundes, Ortsgruppe Groß-Berlin (einschließlich Provinz Brandenburg), welche die republikanisch gekanteten Lehrer an Schulen aller Gattungen einschließlich der Hochschulen auffordert, sich der Ortsgruppe Groß-Berlin des R. L. B. anzuschließen. Gemäß den Satzungen wird von den republikanischen Lehrern erwartet, daß sie in ihrer Lehrtätigkeit unbedingte Wahrhaftigkeit der Darstellung auf allen Wissensgebieten lehren in der Uebersetzung, daß schon die einfache Wahrheit geeignet ist, demokratische, soziale und republikanische Gesinnung zu erzeugen. In der Verwaltungstätigkeit will der Bund bei der Neugestaltung der Volk- und Geschäftsbücher im republikanischen Sinne mitarbeiten. Jeder, der eine Lehrtätigkeit ausübt, ist willkommen, wenn er sich aus Uebersetzung zur Republik bekennt. Zuschriften und Beitrittserklärungen sind zu richten an: Studienrat Dr. Michaelis, RD. 55, Raabe-straße 17, oder Lehrer Gustav Wehl, S. 14, Dresdenstr. 27.

Der vergessene Spazierstock als Verräter

Durch einen Spazierstock verriet sich ein ungetreuer Postauswärtiger Hamann, ein junger Mann von 23 Jahren, der jetzt von der Kriminalpolizei entlarvt und festgenommen wurde. Hamann besaß eine Begleitadresse zu Paketen, die auf dem Amt, auf dem er beschäftigt war, einliefen. Auf den Paketen wurde fälschlich er dann die Aufschriften. Nach diesen fälschlichen Aufschriften schrieb er endlich auf Begleitkarten die sogenannten Rückadressen. Dann hat er irgendeinen Geschäftsmann, meistens einen Zigarrenhändler, um die Herkunftsadresse für ein Postpaket anzufragen, daß er an ihn habe richten lassen, weil er seinen zu Hause zu treffen sei. Die Geschäftsmänner rufen ihn durchweg den Paketen, und so setzte sich der Ungetreue in den Besitz der Pakete und machte ihren Inhalt zu Geld. Besonders suchte er Pakete aus, die Stoffe enthielten, weil diese am leichtesten zu verkaufen waren. Die Geschäftsmänner köpften seinen Verdacht, und so konnte Hamann sein Treiben gerawe Zeit fortsetzen. Nur dem Eudn einer Zigarrenhändlerin kam die Geschichte nicht ganz verloren vor: Instatt jedoch Anzeige zu machen wurde er ohne weiteres Teilnehmer. Er ließ sich das verdächtige Paket öffnen, sah, daß es Stoffe enthielt und forderte nun ohne weiteres den Empfänger auf, ihm 4 Meter abzuschneiden. Hamann mußte wohl oder übel diesem Verlangen nachkommen und die 4 Meter für 100 Mark abgeben, weil er sah, daß er durchschaut war. In einem anderen Zigarrladen ließ der Händler, der immer in einer bürgerlicher Kleidung erschien, seinen Spazierstock stehen. Auf diesen stießen die Kriminalbeamten bei ihren Nachforschungen. Es wurde festgestellt, daß der junge Mann überaus, wo er gewelen war, diesen Stock getragen hatte, und als der nun als Eigentum Hamanns erkannt wurde, war er überführt.

Ein gewinegefährlicher Kriminalbetriebsassistent scheint der in Steglitz amtierende Beamte Bilz zu sein. Ueber diesen wird berichtet, daß er Donnerstag abend in einem Cafe am Wannseebadhof in Friedenau einige Hüfte befristete und später diese am Bahnhof anempalte. Eine Zurückverholung der befristigten Paketen hatte zur Folge, daß er seinen Dienstvertrager zog und nur mit Mühe an dem Gebrauch desselben verhindert werden konnte. Selbst auf der Wache bedrohte er die Postanten noch weiter mit „Erschießen“, ohne daß die dort anwesenden Beamten den Bilz sofort in Sicherheitsgewahrsam brachten. Selbst schwere Beträuntheit darf hier die Behörde nicht vor durchgreifenden Maßnahmen abhalten.

„Bilke Wäcker“. Mit Leib- und Bettwäsche schwindelt ein unbekanntes Mädchen von etwa 23 Jahren, das in verschiedenen Stadtbezirken kein Unwesen treibt. Die Schwindlerin bietet irgendeiner Frau, die sie aus der Straße oder sonstwo anpricht, Wäsche zu einem sehr billigen Preise an, und fragt sie zugleich nach anderen Frauen, die vielleicht geneigt seien, ebenfalls zu kaufen. Diese sucht sie dann auf und erzählt ihnen, sie komme auf Veranlassung der Frau Soundso, die soeben bei ihr eine größere Bestellung gemacht habe. So lassen sich auch die anderen Frauen zu Bestellungen verleiten und zahlen Beträge von 200 bis 1500 M. auf den Kaufpreis an. Wäcker aber bekommen die Bestellerinnen nicht zu sehen. Die Schwindlerin läßt nichts mehr von sich hören, sobald sie das Geld in der Tasche hat. Sie ist 1,20 bis 1,60 Meter groß, hat hellblondes Haar und ein schmales Gesicht und trägt einen modischen, 1/2 Meter langen

Wegen dieser gedankenreichen Ausführungen können die beiden Schriften auch Leser fesseln, die bisher kein Interesse für Biosektionsfragen hatten. E. K.

Victor Noak: Taschenbuch für Kommunalpolitiker. Verlag V. I. W. Dieck, Stuttgart, und Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. 340 Seiten. Preis geb. 18 Mark.

Das im Einvernehmen mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebene Taschenbuch soll in erster Linie den zur praktischen Arbeit in Stadt- und Landgemeinden berufenen Vertretern zur raschen Unterrichtung in den wichtigsten kommunalpolitischen Fragen dienen. Sein Inhalt ist in 14 Abschnitte geteilt und umfaßt das Gesamtgebiet der kommunalen Probleme. Jedes Gebiet hat seinen besonderen Bearbeiter, manche sogar mehrere. Zu den Mitarbeitern gehören: Hirsch, Quard, Reil, Schippel, Rorion, Meerfeld, Kuczynski usw.

Der Titel des Buches ist etwas irreführend. Denn sein Inhalt ist viel weniger ein Hilfsmittel zur raschen Unterrichtung in den Fragen der Kommunalpolitik, als eine Einführung in die kommunalpolitischen Probleme. Von dieser Meinung sind anscheinend auch einige Mitarbeiter ausgegangen. Denn ihre Aufsätze schildern nicht was ist, sondern das, was sein soll. Das mindert jedoch den Wert der Schrift nicht, wenngleich es ein Mangel ist, daß einige Bearbeiter die Angabe von Literatur zum weiteren Studium unterlassen haben. Von den meisten ist das jedoch geschieden. Sie geben auch eine eingehende Darstellung der gegenwärtigen Lage der Gemeinden (z. B. Finanzen, Wohnungswesen, Verkehr).

Da alle Mitarbeiter sich von parteipolitischen Erwägungen freihalten — die Darstellung ist bei allen durchaus objektiv —, so dürfte das Buch sich zweifellos auch über den Kreis der rechtssozialistischen Gemeindevertreter hinaus Freunde erwerben. P. H.

Paul Krißke: Jugend. Verlag A. Marcus und J. Weber. 111 S. In einem hoffnungsreichen Büchlein wirft Krißke nicht nur die gesamten Jugendprobleme auf, sondern löst sie auch mit einer Selbstverständlichkeit, die diesen trotz seinem Alter jugendprägenden Menschen kennzeichnet. Von hohem Verantwortungsgefühl getragen sind die Erörterungen der Pflichten der Jugend zur Kindheit, der Eltern zu den Jungen, der Beziehungen der Geschlechter untereinander. Ein Büchlein für die Jugend und noch mehr für die „Alten“, die noch Jugend in sich fühlen und die Räte und Bestrebungen der jungen Menschenseele verstehen wollen. L. R.

Johann Christian Günther: Die deutsche Laute. Auswahl und Einleitung von Hermann Wendel. Berlin, Erich Reiß Verlag 1921. —

„Er mußte sich nicht zu zähmen, und so verrann ihm sein Leben wie sein Dichten“, sagt Goethe von Günther. Hermann Wendel meint in seiner Einleitung, dies Urteil trafe völlig daneben. Das tut es aber doch wohl nicht — nur der jugendhafte, moralisierende Anterton der tritt daneben. Denn es ist keineswegs immer eine Jugend, „sich zu zähmen“. In Günthers Zeiten (1695—1733) da gab es, weiß Gott, genug Poeten und Dichterlinge im heiligen römischen Reich, die es gar herrlich verstanden, sich zu zähmen“. Sie sangen und sprachen reichen Potentaten

Wintermantel, einen schwarzen Pelztragen und schwarze Schnürschuhe.

Die Folgen einer wilden Fahrt. Besonders Pech hatte der Chauffeur einer hiesigen Baufirma, der in der Nacht zum vergangenen Montag eine wilde Fahrt mit dem seiner Firma gehörigen Wagen zusammen mit mehreren Zechenpannen in Neukölln veranstaltete.

Eine viertel Million für ein Schäferstündchen. Ein ungewöhnlich kostspieliges Abenteuer hatte ein Kaufmann aus der Provinz, der zur Abweidung seiner Geschäfte nach Berlin gekommen war.

Ein Heiratsschwindler, der seine Bräute für sich fehlen ließ, wurde in dem 42 Jahre alten Jedor Leskowitz von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht.

Die Beratung der künftigen Gewerbesteuer. Der zur Vorbereitung der besonderen Gemeindegewerbesteuer eingesetzte Stadterordneten-Ausschuss hat gestern seine Verhandlungen fortgesetzt und bezüglich der reinen Ertragssteuer beschlossen, eine progressive Staffelung der Sätze für die höheren Erträge vorzuschlagen.

Die Verhandlungen über die Lohnforderungen der künftigen Arbeiter. Die Frage, ob zur Fällung eines Schiedspruchs über die neuen Lohnforderungen der städtischen Arbeiter das Reichsarbeitsministerium oder der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin angerufen werden soll, dürfte, wie eine Korrespondenz mitteilt, aller Wahrscheinlichkeit nach dahin entschieden werden, daß der Magistrat und das Landesarbeitsamt der städtischen Arbeitnehmer sich auf die Anrufung des Reichsarbeitsministeriums einigen werden.

Kleine Mitteilungen. Die Meldung, daß die städtischen Schulen künftig nur noch einmal wöchentlich gereinigt werden sollen, ist unrichtig.

Störtebeker im Zirkus Busch. Vor einigen Monaten ging der Name des berühmten Seeräubers durch die Spalten der Tageszeitungen.

Verloren. Am 17. Februar, abends gegen 8 Uhr, wurde, vermutlich am Anhalter Bahnhof, eine braune leberne Aktentasche mit Geschäftspapieren und sechs Kesselfbüchern verloren.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonnabend. Ein wenig wärmer, veränderlich, überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Unter dem Deckmantel der Neutralität

Unter dem gleichen Titel veröffentlicht der Zentrumsabgeordnete Erling in Nr. 129 der „Germania“ erbauende Dinge, die zur Charakterisierung der Führer der Reichsgewerkschaft einen hübschen Beitrag liefern.

Neben dem deutschnationalen Oberpostsekretär Vogel, der hier schon erwähnt wurde, waren noch ähnliche angesehene Mitglieder im Verband an hervorragender Stelle tätig.

Falsch ist, wenn Erling behauptet, der radikale Thuraue gehöre unserer Partei an. Derselbe ist Mitglied der S. P. D.

Eine lieblichere Zusammensetzung einer Gewerkschaft ist, wie wir sehen, kaum noch möglich. Die Geschäftigkeit der den „nationalen“ Parteien angehörigen Mitglieder, die als Funktionäre an der Spitze standen, läßt allerlei Schlüsse zu, und es ist nur zu bedauern, daß die Beamtenschaft und teilweise die Arbeiterschaft sich von solchen Leuten einwickeln ließen.

Müssen die Schlichtungsausschüsse über vorliegende Anträge formell abstimmen?

Diese Frage wird vom Oberpräsidenten als Demobilisierungskommissar für Groß-Berlin vernommen. In einer Beschwerverfache des Zentralverbandes betraf, führte als Unparteiischer ein Landgerichtsdirektor den Vorsitz.

Eine solche Ansicht kann aber auch gar keine Stütze in der Verordnung über Schlichtungsausschüsse usw. vom 23. 12. 1918 finden. Der § 17, Absatz 1 dieser Verordnung schreibt vor: „Die Schlichtungsausschüsse, bzw. Verhandlungsleiter haben . . . stets zu verhandeln und abzustimmen.“

Die Beisitzer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin werden daher zur genaueren Durchführung der Verordnung vom 23. 12. 1918 gebeten, sich besonders angelegen sein zu lassen, in jedem Streitfall nach Schluß der Kammerberatung auf eine formelle Abstimmung und Beschlussfassung zu bestehen.

Leistungen des Butab

Eine äußerst interessante Darstellung über die Leistungen des Bundes der technischen Angestellten und Beamten bringt die „Deutsche Technikerzeitung“ in ihrer Nummer 8.

Während diese Zahl im Jahre 1921 auf 1001 stieg. Davon wurden gemeldet 124, resp. 341, verlorene gingen 45 resp. 96 und niedergeschlagen wurden 1920 19 Prozesse und 1921 74. Der Erfolg der gewonnenen Prozesse beläuft sich für das Jahr 1920 auf: 262 214 M. und 15 Zeugnisse, für das Jahr 1921 auf: 858 601 M., 31 Zeugnisse und 19 erwonnene Strafverfahren.

Damit ist aber die Leistungsfähigkeit des Bundes für seine Mitglieder noch lange nicht erschöpft. Der Bund gewährt sechs verschiedene Unterstufungen. Der Gesamtbeitrag der im Jahre 1921 ausgeworbenen Unterstufung betrug 1 032 665 M.

Der Bund, der über 100 000 Mitglieder zählt, erbringt schon aus diesen wenigen Angaben den Beweis, daß er die Einheit der gewerkschaftlichen Arbeiter aller technischen Angestellten und Beamten repräsentiert und dem anzugehören kein technischer Angestellter um seiner selbst willen verweigern sollte.

Wirtschaftsrisse und Gewerkschaftsbewegung

Eine Vertragsdisposition, herausgegeben vom Holzarbeiter-Verband, Berlin S.O. Im Königsdenk Park 2. Diese übersichtliche Disposition, die für Funktionäre und Redner des Verbandes bestimmt ist, kann zur Anschaffung jedem in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossen empfohlen werden.

Zum Lohnabkommen in der Berliner Holzindustrie. In unserer Nr. 102 gebrachten Bericht hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, der hiermit berichtigt werden soll.

Die australischen Arbeiter und die Einwanderung nach Australien. Man hat versucht, die australischen Arbeiter als Feinde des industriellen Fortschritts hinzustellen, weil sie Gegner der planlosen Begünstigung der Einwanderung sind.

Jugendbewegung. Es treffen sich die Gruppen: Nordosten: 47 Uhr, Arnimstraße; Prenzlauer Berg: 6 Uhr, Helmstedtstraße; Westend: 6 Uhr, Senefelder Platz (Dreimal) zum gemeinsamen Besuch des Lichtbildvortrages in der Sternwarte Tempelhofer Park am Sonnabend, den 4. März.

Arbeiter-sport

Arbeiter-Radsport-Club „Solidarität“ Berlin. Sonntag, 5. März, Rittliche Ausfahrten nach Johannisthal, Weiss Parkrestaurant, Studentenstraße. Start 1 Uhr an den bekannten Stellen.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Morgen, Sonnabend, nachm. 5 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, wichtige Zentralvorstandssitzung.

Bereinskalender

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion: Staatsbediente. Abends 7 Uhr Verammlung aller Bediente der Bezugs Reichsnormalmatten und Reichsbetriebe der Reg. Linienstr. 202.

Unerreicht billig und gut Angebot

Besichtigen Sie meine Fenster! Prüfen Sie meine Innenauslagen!

Infolge frühzeitiger und grosszügiger Bestellung, unter Ausnutzung aller nur denkbaren Vorteile, biete ich Hervorragendes:

→ Kleiderstoffe ← Kleiderstoffe schwarz-weiß kariert Meter 28⁰⁰ Streifen-Karo neueste Stellungen, doppeltbreit, Meter M. 49⁰⁰ Rockstreifen große Ausmusterung, 100 cm breit, Meter M. 88⁰⁰ Wollene Popelins 100 cm breit, Meter, 98⁰⁰ Gabardine Wolle, 100 cm breit, Meter, 196⁰⁰ Mantelstoffe Wolle, elegante Qual. heilfarbig, 130 cm br. 145⁰⁰	→ Konfektion ← Frühjahrmäntel Pracht, eleg. Form, n. Stoff. 285⁰⁰ Wollkleider feine Faltenrock, eleg. gestickt, schicke Form 298⁰⁰ Kostüme prächtig, Cheviot, Gloria-lutter, Laocostopp, sehr sp. 798⁰⁰ Hemdblusen Zephir, offen u. geschlossen zu tragen 69⁵⁰ Kostümröcke Cheviot m. Knopf-garnitur 145⁰⁰ Jumper Seidencotone mit Stickerei, moderne Farben 345⁰⁰	→ Herren-Artikel ← Hosenträger Gummi, mit Leder-patten 14⁵⁰ Strickbinder schöne Ausmusterung 7⁵⁰ Serviteurs bunt gemustert, Perkal 6⁷⁵ Sportkragen weiß Pikoe 9⁷⁵ O erhemden mit Kragen durchgehend Perkal 165⁰⁰	→ Wirkwaren ← Damenstrümpfe schwarz, div. Gr. leder, weiß 19⁵⁰ Damenstrümpfe florartig, mit Seidengriff 29⁵⁰ Herrensocken gran, Vigogne, extra stark 16⁵⁰ Einsatzhemden f. Herren, macco-art, m. Perkal-lin. 86⁵⁰ Damenhemdchen ohne Arm, sehr halbar 26⁰⁰ Schlüpfhosen florartig, alle moderne Farben 58⁵⁰
--	---	--	--

→ Damen-Hüte ←
In grosser Auswahl zu sehr mässigen Preisen!

Wilh. Herm. Lesser Berlin-Schöneberg Kolonnenstr. 10-11 Ecke Sedanstraße